

Freigegeben für konkrete Gedanken

Aber belastbare Fakten zur Planung der US-Flächen fehlen

Von Götz Münstermann

Ab dem Frühjahr soll der Entwicklungsbeirat für die US-Flächen sich konkrete Gedanken für die einzelnen frei werdenden Areale machen dürfen. Nur: Es gibt keine harten, belastbaren Fakten zu den 190 Hektar Land, die die US-Streitkräfte bis Ende 2015 räumen. Kaum etwas weiß man über den Zustand der Gebäude und Böden, über Infrastruktur oder gar Sanierungsnot. Daran wird sich so schnell auch nichts ändern.

Im Oktober verkündeten Baubürgermeister Bernd Stadel und Stadtplanungsamtschefin Annette Friedrich dem Entwicklungsbeirat: Die Stadtverwaltung will nun doch „Vorbereitende Untersuchungen“ für die Flächen der US-Armee einleiten. Entweder kann man diese Ergebnisse für eine städtebauliche Sanierungsmaßnahme, oder sogar für eine städtebauliche Entwicklungsmaßnahme verwenden, um Druck auf den Verkäufer – die Bundesregierung – auszuüben. Außerdem benötige man sowie so diese Fakten für die Zeit nach dem Abzug. Beide Verwaltungsvertreter betonten, es sei genau der richtige Zeitpunkt, dieses Untersuchungsverfahren im Herbst 2011 einzuleiten, was der Gemeinderat dann auch beschloss. Nur ein Blick auf den Zeitplan der so genannten „Bürgerbeteiligung“ lässt Zweifel an der Darstellung aufkommen.

Die zweite Phase des „dialogischen Planungsprozesses“ soll im Frühjahr beginnen: Die 34 Vertreter von Interessengruppen in der Stadt sollen die „Standortbezogene Betrachtungsebene“ betreten und auch mit einfachen Bürgern „Entwicklungsoptionen für die Einzelstandorte“ aushandeln. Doch die Mitglieder des Entwicklungsbeirates werden – wie so manches Mal in den vergangenen zehn Monaten – weiterhin im Dunkeln stochern, Ideen nicht anhand der Realität überprüfen können.

Denn die Firma, die die „Vorbereitenden Untersuchungen“ vornehmen soll, muss erst noch über eine EU-weite Ausschreibung gefunden werden. Erst nach der Sommerpause wird der Gemeinderat einen Auswahlbeschluss fällen können, so die Auskunft aus dem Rathaus, mit einer Beauftragung vor Oktober 2012 ist nicht zu rechnen. Und dann erst kann die umfassende Bestandsaufnahme der 190



Für die Flächen am Holbeinring könnte man Ideen entwickeln, doch das Areal wurde an der Stadt vorbei für zehn Jahre verpachtet. F.: Kresin

Hektar US-Flächen, der Bauwerke, Infrastruktur und – noch viel wichtiger – die Kostenschätzung für Grunderwerb oder Erschließungsmaßnahmen beginnen. Wann diese Ergebnisse vorliegen könnten, das steht auch noch nicht fest.

Diese Ungleichzeitigkeiten passen in die Art, wie man derzeit im Heidelberger Rathaus mit der Entwicklung in und um die Amerikaner umgeht. Während im Entwicklungsbeirat die Formulierung jeder konkreten Idee vermieden wird, hat man den Eindruck, prescht die

Stochern im Dunkeln

Verwaltungsspitze vor: Im Amtsblatt verkündete Oberbürgermeister Eckart Würzner schon seine konkreten Ideen für die frei werdenden Flächen. Er freut sich, dass Patrick-Henry-Village „nur eine Autobahnabfahrt bis zur SAP“ entfernt liegt und findet dort „ideale Bedingungen etwa für einen Campus mit einer Mischung aus Wissenschaft, wissenschaftsnahen Unternehmen und Wohnen“ vor. Für die innenstadtnahen US-Flächen kann er sich vorstellen, „zwischen den Stadtteilen auch einen Stadtpark“ zu entwickeln; und denkt dabei an nicht weniger als den Englischen Garten in München. Offenbar hofft auch so manch anderer Dezernent, alte Probleme auf den US-Flächen lösen zu können, beispielsweise Raum für ein Jugendkultur-

zentrum zu finden. Und da gibt es Ungereimtheiten, die man als Betrachter von Außen einfach nicht versteht. Da lässt sich die Bundesagentur für Immobilienaufgaben (Bima), die für Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) lukrativ die Flächen verkaufen soll, eine Art Verkaufsmesse samt Workshop veranstalten. Heidelberg blieb der Veranstaltung fern. Da ging es doch nur um „Vermarktungsinteressen“, lässt Baubürgermeister Bernd Stadel ausrichten. Neues sei da nicht bekannt geworden, habe er sich sagen lassen. Nur – warum waren dann die anderen Kommunen dabei? Immerhin ist die Bima der zentrale Verhandlungspartner für die Stadt bei den US-Flächen. In der Bundesbehörde schüttelt man hier und da den Kopf.

Und als Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) an einem Dezembersamstag einen Konversionstreffen in Stuttgart veranstaltet, da gelingt es im Heidelberger Rathaus über zwei Wochen lang nicht, einen eigenen Vertreter für die Veranstaltung zu bestimmen. Die Veranstaltung sei „vergleichsweise kurzfristig“ mitgeteilt worden, aber ein Vertreter des Städtetages sei ja vor Ort gewesen, lässt das Rathaus ausrichten. Wen wundert es da, dass in der Stuttgarter Landesregierung das Thema „US-Abzug

in Nordbaden“ weniger wahrgenommen wird, als der Abzug der Bundeswehr andernorts. Nach Auskunft aus dem Landwirtschaftsministerium hat Mannheim schon zwei abzugsbedingte Förderanträge gestellt. Heidelberg null.

Und da gibt es noch Ungewissheiten: Was passiert zum Beispiel, wenn die US-

Die Option Planungsblockade

Streitkräfte einzelne Flächen schon vor 2015 frei geben? Nach der überraschenden Ankündigung der Army, noch in diesem Jahr das östliche Mark-Twain-Village in der Südstadt zu räumen, bemühte sich Stadel, nur keinen Handlungsdruck zu erkennen. Man könne ja planungsrechtlich erst einmal eine Veränderungssperre über das Areal verhängen, solange passiere da dann nichts. Nur hindert eine solche Planungsblockade die Bima nicht, das attraktive Gelände trotzdem zu verkaufen. Und was nutzt das eigentlich den Wohnungssuchenden in Heidelberg?

In zwei Jahren soll die Stadt vom Entwicklungsbeirat ein „integriertes Entwicklungskonzept“ für die 190 Hektar neues Heidelberg präsentiert bekommen. Unter diesen Umständen das zu erreichen, das wird mindestens eine genauso große Herausforderung für die Stadt, wie der Abzug der Amerikaner selbst eine Herausforderung ist.